



PRESSEROHSTOFF 1

Datum: 15.06.2012

Sperrfrist: Bis zum Beginn der Medienkonferenz

Schlussbilanz zur Wachstumspolitik 2008-2011

Der Bundesrat hat am 15. Juni 2012 vom Schlussbericht zur Umsetzung der Wachstumspolitik 2008-2011 Kenntnis genommen. Der Bericht stellt fest, dass nur eine Minderheit der 2008 definierten Ziele im Dezember 2011 erreicht war. Angesichts eines spürbaren Rückgangs der Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität hält der Bundesrat in der laufenden Legislatur an seinen Reformbestrebungen fest.

Mit seiner Wachstumspolitik will der Bundesrat das wirtschaftliche Wohlergehen der Schweiz dank struktureller Reformen sichern. Das Wachstumsprogramm 2008-2011 sah zu diesem Zweck **21 Massnahmen** in den folgenden, bereits seit 2004 etablierten, **sechs wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern** vor:

1. Belebung des Wettbewerbs im Binnenmarkt;
2. Internationale Öffnung;
3. Optimierung der öffentlichen Finanzen;
4. Wahrung einer hohen Erwerbsbeteiligung;
5. Stärkung des Humankapitals;
6. Schaffung eines unternehmensfreundlichen Rechtsrahmens.

Bilanz zur Wachstumspolitik 2008-2011

Per Ende 2011 hatten acht Massnahmen **ihr Ziel erreicht**:

- die Einführung des 'Cassis de Dijon'-Prinzips;
- die Weiterführung der Agrarpolitik;
- die Aufgabenüberprüfung beim Bund;
- das E-Government-Programm;
- das Massnahmenprogramm zur administrativen Entlastung;

- Die Bestätigung und Erweiterung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU (wurden 2008 als zwei Massnahmen angekündigt);
- Die Ausweitung des Netzes an Freihandelsabkommen.

Bei zwei Massnahmen kam es zu einer **erheblichen zeitlichen Verzögerung**:

- bei der Infrastrukturstrategie des Bundesrates;
- beim Erlass eines Hochschulförderungs- und –koordinationsgesetzes.

Drei Massnahmen mussten **auf die Legislaturperiode 2012-2015 verschoben** werden:

- die Schaffung von rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung von Versuchen mit "Road Pricing"; diese Massnahme könnte in eine allgemeine Preisgestaltung der Mobilität ("Mobility Pricing") münden;
- die neue Weiterbildungspolitik mit dem Erlass eines Weiterbildungsgesetzes;
- die Teilrevision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes, die allerdings nur den ersten Teil der anvisierten Reform enthält.

Bei vier Massnahmen kam es zu **klaren Rückschlägen**:

- bei der Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen;
- bei der Anpassung der Altersvorsorge an die demographische Alterung;
- beim Agrarfreihandelsabkommen;
- bei der Deblockierung der Verhandlungen in der Doha-Runde.

Bei drei Massnahmen liessen sich **wesentliche wirtschaftliche Elemente nicht durchsetzen**:

- die Totalrevision der Postgesetzgebung, wo ein Teilmonopol verbleibt;
- die Fortsetzung der Bahnreform, wo nicht mehr vorgesehen wird, im Personennahverkehr auch bei der Schiene das Mittel der öffentlichen Ausschreibungen systematisch einzusetzen;
- die Mehrwertsteuerreform, wo sich der Einheitssatz kaum mehr durchsetzen lässt.

Verschiedene im Parlament getroffene Entscheide waren für diese Rückschläge mitbestimmend. Eine nachlassende politische Bereitschaft zu Strukturreformen könnte schon mittelfristig Auswirkungen haben, unter anderem in Form eines geringeren Produktivitätszuwachses und entsprechend verringerter Reallohnzuwächse. Nur dank einer geglückten Konjunkturpolitik konnte sich die Schweizer Wirtschaft während der letzten Finanzkrise relativ gut behaupten. Die Entwicklung seit 2008 sollte allerdings nicht den falschen Eindruck erwecken, das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen lasse sich ohne strukturelle Veränderungen steigern. Mit Konjunkturpolitik allein lässt sich der Wohlstand nicht langfristig sichern. Vor diesem Hintergrund ist an den in den vorangegangenen Wachstumsprogrammen verfolgten Zielen festzuhalten.

Fortsetzung der Wachstumspolitik im Wachstumspaket 2012-2015

Das neue Wachstumspaket nimmt aus diesem Grund einige der in der Wachstumspolitik 2008-2011 formulierten Reformvorschläge wieder auf:

- das "Mobility Pricing" soll das "Road Pricing" ablösen und so dass alle Formen von Mobilität flächendeckend über die Schweiz erfassen;
- zudem sollen im Rahmen einer AHV-Revision die finanziellen Perspektiven dieses Sozialwerks langfristig gesichert werden;
- im Rahmen der Weiterführung der Agrarpolitik wird ein Bericht eine Perspektive 2020 für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft aufzeigen. Die daraus abgeleiteten Massnahmen sollen auch einen Beitrag zur Umsetzung der Wachstumsziele leisten.

Auch bei den andern Themen sollen die Bestrebungen des Bundesrates fortgesetzt werden:

- das Parlament bleibt eingeladen, den Steuersatz bei der Mehrwertsteuer zu vereinheitlichen und im Rahmen seiner Beratungen Steuerausnahmen zu streichen;
- der Bundesrat wird zu den Auswirkungen der Beibehaltung des Monopols der Post für Briefe bis zu 50 Gramm eine Evaluation vorlegen;
- aufgrund der Verabschiedung eines neuen Übereinkommens zum öffentlichen Beschaffungswesen in der WTO am 30. März 2012 liegt nun eine internationale Rechtsgrundlage vor, die zu einer weitgehenden Harmonisierung des Rechtsrahmens im öffentlichen Beschaffungswesen verpflichtet;
- der Bundesrat ist weiterhin der Auffassung, dass ein multilaterales Wirtschaftsabkommen eines der besten Mittel ist, um weltweit das Wachstum zu fördern, und wird sich in diesem Sinn einsetzen;
- Vernehmlassungsverfahren zur Erweiterung des Schienennetzes und zur Engpassbeseitigung im Nationalstrassennetz haben stattgefunden. Die anstehende Umsetzung wird auch die zugehörige Finanzierung beinhalten müssen.

Übersichtstabelle zur Umsetzung des Wachstumspakets des Bundesrates 2008-2011

Massnahme	Stand	Frist	Zielerreichung
1. Revision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse (THG) (+++)	realisiert	ok	ok
2. Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (+)	für die Revision wird auf Fortschritte in der WTO gewartet	erheblich verspätet	Unterstützung seitens der Kantone offen
3. Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2012 (+)	Budget 2012-2013 angenommen + Botschaft AP 2014-2017 im 2012	ok	ok
4. Totalrevision der Postgesetzgebung (+)	realisiert	leicht verspätet	Aufrechterhaltung eines Monopols
5. Infrastrukturstrategie des Bundesrates (++)	vom Bundesrat verabschiedet	verspätet	ok
6. Voraussetzungen für Versuche mit «Road Pricing» (+)	aus Wachstumspolitik 2008-2011 gestrichen	verschoben nach 2011	ungewiss
7. Weiterführung der Bahnreform (+)	realisiert	ok	systematische Ausschreibungen im Bahnbereich in Frage gestellt
8. Reform der Mehrwertsteuer (+++)	zurück an den Bundesrat	ok	kein Einheitssatz
9. Umsetzung der Aufgabenüberprüfung beim Bund (?)	grosse Projekte in der Verwaltung, EP abgelehnt	ok	ok
10. Teilrevision des Konkursrechts (+)	Parlament	leicht verspätet	ok, einige Probleme werden später behandelt
11. Strategie E-Government Schweiz (+)	in der Verwaltung	ok	ok
12. Administrative Entlastung (+)	in der Verwaltung	ok	ok
13. Bestätigung Personenfreizügigkeitsabkommen (+++)	realisiert	ok	ok

14. Anpassung der Altersvorsorge (+++)	12. Revision in der Verwaltung	ok	11. Revision gescheitert
15. Neue Hochschullandschaft (+++)	realisiert	leicht verspätet	ok, Exzellenzkriterium muss berücksichtigt werden
16. Neue Weiterbildungspolitik (+)	Vorbereitung der Botschaft	erheblich verspätet	ok
17-20. Aussenwirtschaftspolitische Agenda (+++)	erhebliche Fortschritte bei den FHA		
21. Too big to fail	realisiert	ok	ok

+++ = sehr grosse Wirkung, ++ = grosse Wirkung, + = bedeutsame Wirkung, ? = Wirkung zu bestätigen